

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 03 96 846 ppbn d

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, begrüßt den Erfolg der rüstungskontrollpolitischen Dialogs in Genf.

Seite 1/2

Analyse

Nützte die Parteinahme der Kirche? - Eine infas-Untersuchung.

Seite 3/4

Dokumentation

Der Wortlaut der gemeinsamen Verlautbarung von SPD und FDP: Für Freiheit und Fortschritt.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 193

8. Oktober 1980

Erfolg in Genf

Rüstungskontrollpolitik kommt voran

von Karsten D. Voigt MdB
Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit

Die Wiederaufnahme des rüstungskontrollpolitischen Dialogs zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zeigt seine ersten positiven Ergebnisse: Die Vertreter beider Staaten bei der Genfer UNO-Konferenz zur Ächtung besonders grausamer konventioneller Waffen haben sich jetzt auf eine Kompromißformel einigen können, die im Kriegsfall Zivilisten vor einem Bombardement mit Napalm- und Feuerwerfern schützen soll, indem Luftangriffe mit Brandwaffen auf militärische Ziele innerhalb von Wohngebieten ausgeschlossen werden sollen. Keine Einigung konnte leider über Vorschläge erzielt werden, die Anwendung von Brandwaffen generell zu verbieten und damit auch die Soldaten vor solchen Brandwaffen zu schützen.

Es ist zu hoffen, daß die Genfer UNO-Konferenz mit ihren Vertretern aus mehr als 70 Ländern jetzt insgesamt sich diese Kompromißformel, die auch Vereinbarungen über andere besonders grausame konventionelle Waffen wie zum Beispiel Splitterbomben umfaßt, zu eigen macht.

Der Genfer Kompromiß zwischen den beiden Großmächten eröffnet die Möglichkeit für eine wichtige Abrüstungspoliti-



sche Entscheidung. Die Bundesrepublik Deutschland sollte noch engagierter als bereits bisher dazu beitragen, das weitere abrüstungspolitische Schritte, zum Beispiel durch ein kontrolliertes Verbot der Produktion, Lagerung und Anwendung chemischer Waffen ergänzt werden.

Die Genfer Konferenz widerlegt wieder aufs Neue diejenigen, die sich bisher über die Abrüstungsgespräche im Rahmen der Gremien der Vereinten Nationen abfällig geäußert haben. Bei allen nicht zu übersehenden Schwierigkeiten haben sich auch mit diesem Kompromiß die Vereinten Nationen wieder einmal als wichtiges Forum für Abrüstungsgespräche bewährt.

Nachdrücklich unterstreicht der Genfer Kompromiß aber auch die Notwendigkeit des nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan zweitweilig unterbrochenen rüstungskontrollpolitischen Dialogs zwischen den USA und der UdSSR.

Nachdem Bundeskanzler Helmut Schmidt als Ergebnis seiner Reise in die Sowjetunion den Weg für Gespräche und Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen geöffnet hat, ist zu hoffen, daß der wieder aufgenommene Dialog zwischen diesen beiden Weltmächten auch auf diesem rüstungskontrollpolitisch für die Sicherheit der Europäer so wichtigen Gebiet bald konkrete Fortschritte und Kompromißmöglichkeiten sichtbar werden. Der Ort der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen, Genf, sollte den nötigen Optimismus und den ebenso auf beiden Seiten erforderlichen Kompromißwillen beflügeln.

(-/8.10.1980/ks/ca)

+ + +



ANALYSENutzte die Parteinahme der Kirche ?

Das Wahlverhalten konfessionell gebundener, insbesondere der katholischen Wähler

Von Infas Abteilung Wahlforschung *

Nach vielen Jahren größerer Zurückhaltung meldeten sich die katholischen Bischöfe zwei Wochen vor der Bundestagswahl am 5. Oktober wieder mit einem Hirtenbrief zu Wort. Dieses Kanzelwort, das bereits vor der Verlesung in die Öffentlichkeit drang und so zu einem wichtigen Wahlkampfthema wurde, bezog Stellung nicht nur zu "allgemeinweltlichen", sondern auch zu politischen Sachfragen.

Aufgrund des Hirtenbriefes war das Wahlverhalten der Adressaten dieser Botschaft, der katholischen Wähler, von besonderem Interesse bei den ersten Analysen der Wahlergebnisse. Zugleich ist aber zu fragen, wie der Hirtenbrief in den entgegengesetzten Lagern, unter Protestanten im CDU/CSU-Wählerbereich, und im SPD-Wählerfeld das Wahlverhalten beeinflusst hat.

Bei einer näheren Betrachtung des Abschneidens der Parteien in den katholischen Gebieten zeigt sich, daß die CDU/CSU dort unterdurchschnittlich verloren (Minus 3,6 gegen Minus 4,1 Prozentpunkten im Gesamtdurchschnitt), die SPD dort leicht überdurchschnittlich gewonnen hat (Plus 0,6 gegenüber Plus 0,3 Prozentpunkte im Durchschnitt), die FDP verbesserte sich dort weniger als im gesamten Bundesgebiet (Plus 2,1 gegenüber Plus 2,7 Prozentpunkte).

Trotz der Differenzierung im Wahlergebnis ist eigentlich die Konfession nicht als die wichtigste Erklärungsvariable für das Wahlverhalten 1980 anzusehen. Die Union verlor vielmehr in großer Abhängigkeit von der regionalen Struktur, die teilweise von der Konfessionsstruktur nur überlagert wurde. Dem politischen Nord-Süd-Gefälle entspricht die regionale Schwerpunktverlagerung von Protestantismus zum Katholizismus in Nord-Süd-Richtung. Die Unionswähler, das heißt Katholiken und Protestanten, darunter die Kirchgänger, stellen durchaus keine politisch homogene Wählerschaft dar. Die CDU/CSU hatte ihre stärksten Verluste im Norden der Bundesrepublik und zwar in erster Linie in evangelischen Gebieten, aber auch in jenen Wahlkreisen, in denen die Bevölkerung überwiegend katholisch ist, wie zum Beispiel Wahlkreis 26 (Mittellems CDU-Verlust Minus 6,7 Prozentpunkte) und Wahlkreis 27 (Cloppenburg-Vechta, CDU-Verlust Minus 6,6).

Mit anderen Worten: Wesentlich stärker als die Konfession erklären Regionen, das heißt Räume mit kulturell-politisch unterschiedlichem Gepräge das Wahlverhalten. Die 20 Wahlkreise mit den höchsten CDU-Verlusten liegen alle bis auf Freiburg in Schleswig-Holstein und vor allem in Niedersachsen, während die 20 Wahlkreise mit den geringsten Verlusten der Union überwiegend in Bayern liegen. Auch die katholisch geprägten Wahlkreise in Baden-Württemberg wie Rastatt, Waldshut, Biberach und Ravensburg-Bodensee, die zum Teil unmittelbar an Bayern angrenzen, machten die bayerische Sonderentwicklung nicht mit.

Die Wähler in überwiegend katholischen Gebieten haben bei dem "Splittling", das heißt bei der unterschiedlichen Abgabe von Erst- und Zweitstimme, ein von der Gesamtwählerschaft leicht abweichendes Wahlverhalten gezeigt. Während 58,5 Prozent der Katholiken

* Ursula Feist, Gisela Schnepf und Pavel Uttitz



die CDU/CSU mit der Erststimme gewählt haben, waren es bei der Zweitstimme 57,7 Prozent, eine Differenz von 1,1 Prozentpunkten, die 0,4 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Noch deutlicher war dieser Unterschied bei der Stimmabgabe für die Sozialdemokraten: Hier beträgt die Abweichung zwischen der Erst- und Zweitstimme in den katholischen Gebieten nur 0,5 Prozentpunkte im Gegensatz zu 1,6 Prozentpunkten im gesamten Bundesgebiet (33,3 zu 32,8 Prozent). Dieses Wahlverhalten schlägt sich in den Anteilen der Freien Demokraten nieder. Sie erhielten von den katholischen Wählern sechs Prozent Erststimmen und 7,9 Prozent Zweitstimmen, - eine um 1,5 Prozentpunkte geringere Differenz als im Bundesdurchschnitt (3,4 Prozentpunkte).

Auch im Bezug auf das Splitting scheint sich also auf den ersten Blick die Wählerschaft in den überwiegend katholischen Gebieten etwas anders als in den protestantischen Gebieten verhalten zu haben. Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, daß auch hier eine Überlagerung durch regionale und sozioökonomische Faktoren vorliegt. In Schleswig-Holstein (Plus 1,8 Prozentpunkte), Niedersachsen (Plus 1,7) und Baden-Württemberg (Plus 2,3) war der Erststimmenvorsprung der CDU jeweils größer als im Bundesdurchschnitt (1,5 Prozentpunkte). Diese Regionen sind zudem im Vergleich zu 1976 die Gebiete mit den, überhaupt höchsten Verlusten der Union (5,6; 5,9; 4,8 Prozentpunkte).

Während für die Union das Stimmensplittingmuster auch in Wahlkreisen mit unterschiedlichen Strukturen gleichbleibt, wachsen die FDP-Zweitstimmen zu Lasten der SPD, je stärker der Anteil der Protestanten ansteigt, je städtischer die Region und je stärker der Dienstleistungsbereich ist. Tritt jedoch die Konfession bei der Aufgliederung nach wirtschaftlichen Gebieten hinzu, verstärkt sich das Stimmensplitting zwischen SPD und FDP in den evangelischen Gebieten, die Erst- und Zweitstimmen Differenz für die Union ist davon aber kaum tangiert.

Die relativ starken Verluste der CDU in den protestantischen Wahlkreisen, das heißt eher im Norden des Bundesgebietes, stehen möglicherweise im Zusammenhang mit dem Hirtenbrief der katholischen Bischöfe. Während nämlich in den letzten Bundestagswahljahren, in denen die katholische Kirche auf Hirtenbriefe verzichtet hatte, eine geringere Parteinahme der Kirche zugunsten der Union wahrgenommen worden war, wird 1980 die katholische Kirche stärker als je zuvor in die Nähe der CDU/CSU gerückt. Zumindest scheinen die Protestanten mehr als früher auf Distanz zur CDU/CSU gegangen zu sein.

Ob eine Parteinahme der katholischen Kirche, deren Hirtenbrief sich ja vor allem an die katholische Wählerschaft richtet, für die Union insgesamt von Vorteil war, scheint noch aus einem anderen Grund fraglich: Die katholischen Kirchgänger bilden seit jeher die treuesten Wähler der CDU/CSU, eine weitere Steigerung dieses Potentials ist kaum noch möglich. Da die Zahl der katholischen Kirchgänger seit Jahren beständig sinkt, verliert auch der Einfluß dieser Wählergruppe in der Gesamtwählerschaft nach und nach an Bedeutung.

	1972 ¹⁾ %	1976 ¹⁾ %	1980 ²⁾ %
Die Katholische Kirche tendiert ...			
eher zur CDU/CSU	73	63	81
eher zur SPD	1	0	1
zu keiner Partei	20	31	13

1) Nachwahlbefragungen 1972 und 1976
 2) Vorwahlbefragung 1980
 Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), 1972 und 1976, ca. 4.000 Fälle bzw. September 1980, ca. 1.600 Fälle, Random-Auswahl

(-/8.10.1980/ks/ca)

DOKUMENTATION

In einem ersten Koalitionsgespräch haben SPD und FDP die folgende gemeinsame Verlautbarung am Dienstag vereinbart:

Für Freiheit und Fortschritt

1. Die Verhandlungskommissionen von SPD und FDP sind heute zu einem ersten grundsätzlichen Koalitionsgespräch zusammengekommen.
Für die SPD haben der Parteivorsitzende Willy Brandt sowie der Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner teilgenommen; für die FDP der Parteivorsitzende Hans-Dietrich Genscher und in Vertretung des Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick sein Vertreter Hans-Günter Hoppe. Außerdem hat Bundeskanzler Helmut Schmidt teilgenommen.
2. Beide Parteien haben nach dem eindeutigen Auftrag der Wählermehrheit vom 5. Oktober 1980 ihren Willen bekräftigt, für die 9. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages die sozial-liberale Koalition fortzusetzen.
3. Diese Koalition hat in den vergangenen elf Jahren durch ihre klare und berechenbare Außen- und Sicherheitspolitik in der ganzen Welt ein solides Vertrauen erworben. Diese Politik dient dem Frieden. Die sozial-liberale Koalition wird auch in Zukunft mit ihrer Deutschland- und Berlin-Politik Erleichterungen für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands schaffen. Sie wird die Politik des militärischen Gleichgewichts, der Rüstungsbegrenzung auf möglichst niedrigem Niveau, der Festigung des Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft, der verlässlichen Partnerschaft fortsetzen - ebenso wie die Politik der guten Nachbarschaft und der Entspannung. Sie wird alles tun, um den Zusammenhalt der deutschen Nation zu wahren.
4. Die sozial-liberale Koalition hat in den schwierigen siebziger Jahren den sozialen Frieden gefestigt, das soziale Netz dichter geknüpft und durch ihre international abgestimmte Wirtschafts- und Finanzpolitik Arbeitsplätze und Wohlstand trotz der weltwirtschaftlichen Erschütterungen seit 1973 gesichert. Trotz der Explosion der Ölpreise haben wir unser Land weitgehend vor der weltweiten Inflation abgeschirmt. Unsere Währung ist eine der härtesten der Welt. Diese erfolgreiche Währungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik wird fortgesetzt. Solide Staatsfinanzen bleiben dabei Grundlage allen staatlichen Handelns. Die Bundesrepublik Deutschland wird sich in den achtziger Jahren weltwirtschaftlichen Herausforderungen gegenübersehen, die enorme marktwirtschaftliche, soziale und finanzielle Flexibilität verlangen werden. Deshalb kommt es ganz besonders auf vorsorgendes Handeln, auf Solidarität und auf die Festigung des offenen Welthandels an.
5. Die sozial-liberale Koalition verwirklicht seit 1969 eine stetige Reformpolitik, mit der der Raum für geistige und kulturelle Vielfalt und Toleranz erweitert und verteidigt wurde.

Die Koalition wird sich über das Erreichte hinaus in der Zukunft auf den Umweltschutz konzentrieren.



SPD und FDP werden den Rechtsstaat weiter ausbauen, die Sicherheit der Bürger gewährleisten, ohne ihre Freiheit zu beeinträchtigen. Sie werden auch in Zukunft Terror und Gewalt mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegentreten.

Der Wille zur Sicherung des Erreichten und zur stetigen Erneuerung in Staat und Gesellschaft dort, wo Veränderungen notwendig sind, bleibt maßgebend für das gemeinsame Handeln von SPD und FDP.

6. Beide Koalitionspartner haben sich in den vergangenen elf Jahren immer als selbständige, unabhängige Parteien mit unterschiedlichen politischen Programmen respektiert. Dabei bleibt es.

Das Zusammenwirken von SPD und FDP, aus ihrer Verantwortung für Freiheit und sozialen Fortschritt, hat unserem Volk gut getan. Das wird auch in den kommenden vier Jahren so sein.

7. Alle demokratischen Kräfte sind aufgerufen, den Nutzen unseres Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden. Deshalb halten es die Koalitionspartner für wünschenswert, daß die zum Teil schlimmen Entgleisungen im Wahlkampf vom Tisch kommen. Das geht nur, wenn alle Seiten den Willen dazu haben. Die Meinungsverschiedenheiten in der Sache sollen davon nicht berührt werden.

8. Die Verhandlungskommissionen haben sich über den weiteren Ablauf der Koalitionsverhandlungen verständigt. Sie haben vereinbart, am Montag, 27. Oktober 1980, die Koalitionsverhandlungen fortzusetzen.

9. Beide Parteien sind übereingekommen, daß die Parteivorsitzenden Willy Brandt und Hans-Dietrich Genscher noch vor dem Zusammentritt des 9. Deutschen Bundestages gemeinsam den Bundespräsidenten aufsuchen werden, um Helmut Schmidt zur Wiederwahl als Bundeskanzler vorzuschlagen. (-/8.10.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

